

Vereinbarkeit: Landtag sucht nach Lösungen für berufstätige Eltern

Landtag Die Aktuelle Stunde stand gestern im Zeichen von Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Freie Liste erhoffte sich durch die Themenwahl Hinweise darauf, wo es dabei harzt und was noch nötig wäre.

VON DORIS QUADERER

«Die Debatte, welche alleine schon die Vernehmlassung zur Kita-Finanzierung ausgelöst hat, ist schon erstaunlich. Da wird hochemotional diskutiert», stellte der FL-Abgeordnete Wolfgang Marxer gestern im Landtag fest. Es sei eine Debatte mit bizarren Aussagen, da werde häusliche und ausserhäusliche Erziehungsarbeit gegeneinander ausgespielt. «Man gewinnt den Eindruck, es geht nicht nur ums Geld, sondern mit der Verbesserung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf werde ein Tabubruch begangen, die der Zerstörung des ach so vertrauten Familienbildes Vorschub leistet», wunderte sich Marxer. Dabei sei das Bedürfnis heute schon gegeben. In zwei Dritteln der Haushalte seien beide Elternteile berufstätig, erklärte der FL-Abgeordnete. Sein Parteikollege Thomas Lageder klärte über den wirtschaftlichen Nutzen ausserhäuslicher Betreuungsmodelle auf. Er rechnete vor, dass eine Betriebswirtin bis zu ihrem Masterabschluss den Staat rund eine halbe Million Franken koste. Wenn sich nun Eltern für Beruf oder Familie entscheiden müssten, dann entstünden volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Verluste, die nicht wettzumachen seien, so La-



Rainer Gopp (FBP): «Die Rollenbilder, die in den letzten Jahren galten, sind je länger, je mehr veraltet.» (Foto: M. Zanghellini)

geder. In Zeiten des Fachkräftemangels sollte die Wirtschaft ein Eigeninteresse haben, dass Frauen im Arbeitsprozess verbleiben.

Eltern raus aus dem Haus?

Der VU-Abgeordnete Christoph Beck kritisierte: «Die Freie Liste fordert eine emotionslose Diskussion über Kitas und vergisst, dass genau sie die Emotionen schürt. Denn für sie gibt es nur eines: Eltern raus aus dem Haus. Das Familienmodell, in dem ein Elternteil ausser Haus arbeitet und das andere sich der Familienarbeit widmet, stempelt die Freie Liste als veraltet und konservativ ab.» Es ärgere ihn, wenn sich Mütter dafür entschuldigten, nicht ausser Haus

berufstätig zu sein. Dem pflichtete Rainer Gopp von der FBP bei. Allerdings betonte er, dass es bei dieser Diskussion nicht darum gehe, welches das richtige Familienmodell sei, sondern um Wahlfreiheit. Wichtig für eine weitere Berufstätigkeit beider Elternteile seien drei Komponenten: Erstens bräuchten Eltern die Sicherheit, trotz Kinder im Beruf bleiben zu können, das setze eine gewisse Flexibilität der Arbeitgeber voraus. Ausserdem müssten die Eltern auf die externen Kinderbetreuungseinrichtungen vertrauen können. Diese müssten also von guter Qualität und dennoch bezahlbar sein. Schliesslich müsse sich Arbeit auch finanziell lohnen, ist Gopp über-

zeugt. Oft werde ein grosser Teil des zusätzlich generierten Einkommens bereits wieder durch die Kosten der Kinderbetreuung aufgeessen. «Hat sich der Staat in das Thema wirklich einzumischen?», fragte sich hingegen DU-Chef Harry Quaderer. Die fairste Lösung wäre aus seiner Sicht, wenn sich der Staat bei der Frage nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf ganz heraushielte. Industrie, Gewerbe und Verwaltung sollten selber dafür sorgen, dass sie genügend Fachkräfte bekämen. Bei den Thesen der Freien Liste sehe er sehr wohl, wo es harze: «Es braucht Geld, Geld und nochmals Geld und zwar vom Staat.»

Pedrazzini: Diskussion um Vereinbarkeit wird durch Sticheleien vergiftet

Votum Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini (FBP) machte in der Aktuellen Stunde deutlich, warum es eine sachliche Debatte über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf braucht.

VON DORIS QUADERER

«**W**enn man die Debatte verfolgt, dann bekommt man den Eindruck, dass die Platte einen Sprung hat», sagte Pedrazzini gestern im Landtag, «seit Jahrzehnten läuft sie nach demselben Muster ab und es scheint um unüberbrückbare Glaubensfragen zu gehen.» Da Männer nach wie vor grösstenteils in Vollzeit beschäftigt seien, betreffe das Thema die Frauen noch immer in besonderem Masse. Im Zentrum steht das Dilemma: Erwerbstätigen Müttern werde vorgeworfen, dass man keine Kinder auf die Welt stellen soll, wenn man sich nachher nicht um sie kümmere. Sie fühlten sich als schlechte Mütter an den Pranger gestellt. Würden sie hingegen nicht arbeiten, dann bekämen sie zu hören, dass der Staat viel Geld in die Ausbildung investiert habe und sie fühlten sich nicht wertgeschätzt. «Es sind viele derartige Sticheleien, welche die Betroffenen beleidigen oder zumindest die Unsicherheit schüren, dass sie irgendetwas in ihrem Leben falsch machen. Damit wird die Diskussion vergiftet», findet der Gesellschaftsminister. Schliesslich sei die Welt nicht schwarz oder weiss, sie könnte nicht unterteilt werden in



«Staatliche Vorschriften machen ausserhäusliche Betreuung kostspielig.»

MAURO PEDRAZZINI
GESELLSCHAFTSMINISTER

Mütter, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, und denjenigen, welche ausschliesslich Karriere im Kopf hätten. Alles sei sehr viel komplexer. Pedrazzini stellt klar: «Verschiedene Modelle müssen in unserer Gesellschaft möglich sein und zwar ohne gegenseitige Vorwürfe.» Schliesslich müsse man sich auch von der Vorstellung verabschieden, dass Arbeitstage von 8 bis 17 Uhr dauerten, mit garantiert freien Wochenenden und Mittagspausen. «Zwischen einer Tätigkeit in einem Kindergarten oder in einem Architekturbüro, im Verkauf oder im Gesundheitswesen, in einer Anwaltskanzlei oder einem Beruf mit Schichtarbeit bestehen riesige Unterschiede, was die Herausforderungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf betrifft», hält der Minister fest.

Subventionen für Kindeswohl

Allerdings steht für den Staat auch das Kindeswohl im Zentrum. In ge-

wissen Fällen dürfe und müsse sich der Staat in Familienangelegenheiten einmischen. Um das Kindeswohl zu schützen, gebe es daher staatliche Vorschriften über Gruppengrössen, Betreuungsverhältnisse und Ausbildungsanforderungen in Kindertagesstätten. Und diese machten die Betreuung kostspielig. «Wenn diese Kosten von den Eltern zur Gänze übernommen werden müssten, dann könnten sich nur Eltern mit überdurchschnittlich hohen Haushaltseinkommen diese Betreuungsform leisten», betont Pedrazzini. Daher seien Subventionen nötig. Es gebe jedoch auch Frauen, welche das Kind nicht nach der gesetzlichen Karenzzeit in fremde Hände geben wollten, auch hier gelte es Lösungen zu finden. Er könnte sich beispielsweise ein Wahlrecht beim Kindergeld vorstellen - so, dass während des unbezahlten Elternurlaubs ein höheres Kindergeld ausgerichtet werden könne, dieses dann dafür später etwas gekürzt werde. Damit könnten die finanziellen Einbussen des unbezahlten Elternurlaubs etwas abgedeckt werden. Die Möglichkeit eines bezahlten Elternurlaubs sieht Pedrazzini hingegen nicht, es sei nicht realistisch, dies von den Arbeitgebern einzufordern.

Flexibilität auf beiden Seiten

Eine Eigenschaft sei für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf jedoch unabdingbar: Flexibilität. «Wir müssen in unserer Arbeitswelt Modelle entwickeln, welche die Vereinbarkeit in besonderem Masse sicherstellen», ist Pedrazzini überzeugt. Zwar gebe es kein Modell, das für alle passe, aber er ist überzeugt, dass sich es sich lohnen würde, sich darüber Gedanken zu machen.